

Nordost-Indien im Schlaglicht

zusammengestellt von Nora Wagner

Proteste zum 61. Jahrestag von AFSPA

Am 22. Mai versammelten sich zivilgesellschaftliche Gruppen und Menschenrechtsaktivist(inn)en in der Hauptstadt des Bundesstaates Manipur, Imphal, um gegen das vor 61 Jahren verhängte und seither geltende Notstandsgesetz *Armed Forces (Special Powers) Act* von 1958 (AFSPA) zu protestieren. Unter dem Slogan „*sixty-one years of suspension of right to life*“ (61 Jahre Aussetzung des Rechts auf Leben) protestierten Menschenrechtsverteidiger/-innen gegen eine Verlängerung des Notstandsgesetzes. Sie verwiesen dabei auf die gravierenden Menschenrechtsverletzungen, die in diesen sechs Jahrzehnten von Sicherheitskräften gegenüber der Zivilbevölkerung begangen wurden. AFSPA stattet die Sicherheitskräfte mit Sondervollmachten aus und gewährt weitgehende Immunität. Trotz regelmäßiger Kritik auch internationaler Institutionen wie dem UN-Menschenrechtsausschuss sowie Forderungen nach Abschaffung von ASFPA in Indien, insbesondere zu Wahlkampfzeiten, bleibt das Notstandsgesetz in Kraft.

Staatsbürgerschaftsgesetz in Assam – die UNO drängt auf eine Antwort

In einem Brief an die indische Regierung haben fünf hochrangige Mitarbeiter/-innen der Vereinten Nationen ihr Bedauern zum Ausdruck gebracht, dass sie bisher keine Antwort auf ihre Fragen zu Menschenrechtsverletzungen in Assam erhalten haben, die durch die Aktualisierung des Staatsbürgerschaftsregisters (*National Register of Citizenship*, NRC) ermöglicht werden. Der Brief wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierung sowie den Sonderberichterstatter(inne)n für Meinungs- und Redefreiheit, für Minderheiten, für Rassismus, gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit sowie für Religions- und Glaubensfreiheit verfasst. In dem Schreiben wird der indischen Regierung nicht nur vorgeworfen, auf Fragen zum Verlauf des NRC schlichtweg nicht reagiert zu haben. Die Verfasser/-innen äußern sich außerdem kritisch zu der „Stigmatisierung und Vorverurteilung aller Personen, die als Ausländer/-innen und Zugezogene wahrgenommen werden. Die

meisten von ihnen gehören ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheitengruppen in Indien an.“ Im Zuge der Aktualisierung des NRC droht rund vier Millionen Menschen in Assam die Staatenlosigkeit. Dies betrifft insbesondere Angehörige der Muslime, marginalisierter Gruppen und Frauen, die oftmals nicht über die erforderlichen Dokumente, wie beispielsweise Geburtsurkunden, verfügen.

Japan investiert in Nordostindien

Japan hat Investitionen in Nordostindien angekündigt. Nach einem Treffen zwischen dem Minister für Entwicklung der Nordost-Region (*Ministry of Development of North-Eastern Region* - DoNER), Jitendra Singh, und einer japanischen Delegation unter der Leitung von Botschafter Kenji Hiramatsu Mitte Juni in Neu-Delhi, wurde bekannt gegeben, dass die japanische Regierung beabsichtigt, insgesamt 13.000 Crore Rupien (1 Crore = 10 Millionen, rund 1,7 Milliarden Euro) in sowohl laufende als auch neue Projekte zu investieren. Zu den Projekten, die von der japanischen Förderung profitieren sollen, gehören unter anderem: das *Guwahati Water Supply* Projekt und das *Guwahati Sewage Project* in Assam, das sich über Assam und Meghalaya erstreckende *Northeast Road Network Connectivity Improvement* Projekt, das *Bio-Diversity Conservation and Forest Management* Projekt in Sikkim, das *Sustainable Forest Management* Projekt in Tripura, das Projekt *Technical Cooperation for Sustainable Agriculture and Irrigation* in Mizoram sowie das *Forest Management* Projekt in Nagaland.

Japan hat bereits in der Vergangenheit in strukturbildende Maßnahmen im Nordosten Indiens investiert und beteiligt sich an großen Bauprojekten der Region. Im Dezember 2017 wurde das *India-Japan Act East Forum* gegründet, um die enge Zusammenarbeit der beiden Staaten weiter zu stärken. Auf dem zweiten Treffen des Forums in Neu-Delhi im Oktober 2018 wurde eine vertiefte Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen vereinbart, darunter der Bau der Infrastruktur in der nordöstlichen Region und die Waldbewirtschaftungsprojekte in den Bundesstaaten Tripura und Meghalaya.